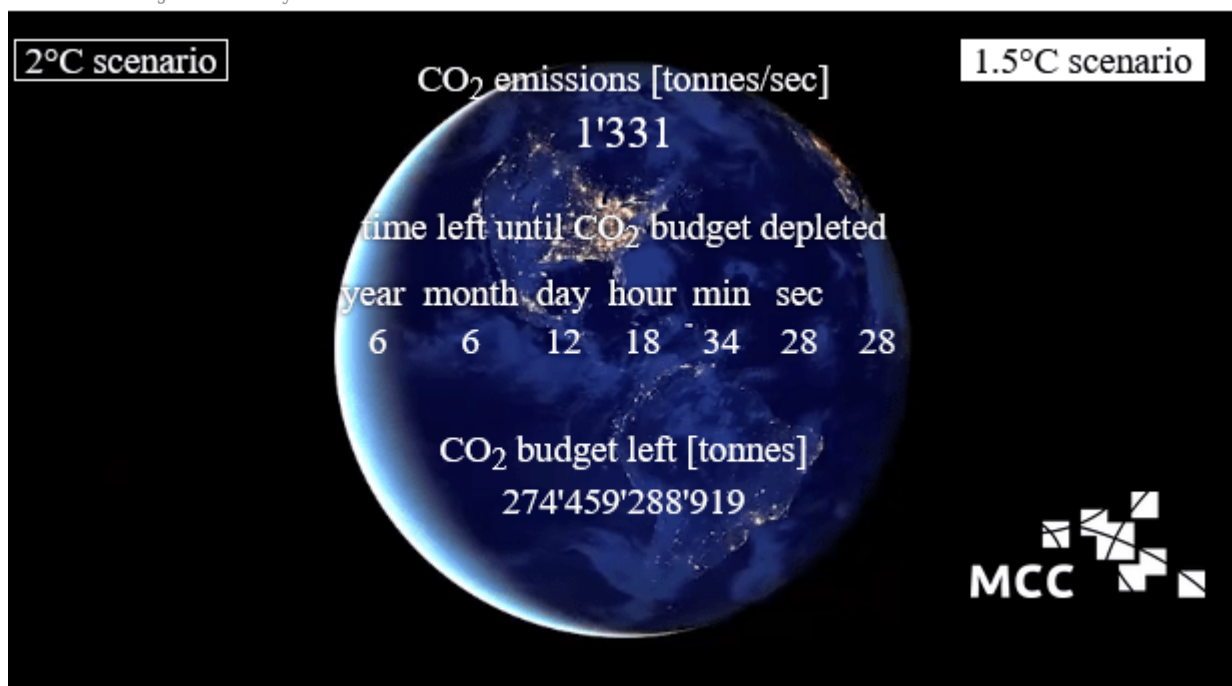


# Statt Benzinpreisdiskussion: Neun Thesen zu Klimapolitik, CO<sub>2</sub>-Budget und Lastenausgleich

Posted on 21. Juni 2021 by Thomas Weber



Die CO<sub>2</sub>-Uhr des Berliner MCC (Mercator Institute on Global Commons and Climate Change) zeigt an, wieviel CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre abgegeben werden darf, um die globale Erwärmung auf maximal 1,5°C beziehungsweise 2°C zu begrenzen. (Screenshot 19. Juni 2021)

1 Die Vorschläge, Preise von was auch immer zu erhöhen, um den menschenverursachten Klimawandel zu stoppen, sind oberflächlich, nicht auf der Höhe der Zeit und fallen denen, die solche Vorschläge machen, zurecht auf die Füße.

2 Preiserhöhungen sind aus klimaschutzpolitischer Sicht keine zielführenden Instrumente. Denn es kann schlicht nicht plausibel dargestellt werden, dass etwas, das auf dem Markt teurer wird, alleine dadurch auch weniger wird.

Wenn Energie teurer wird, führt das nicht dazu, dass weniger Energie „verbraucht“ wird. Es führt vielmehr dazu, dass aus der gleichen Menge Energie mehr Leistung herausgeholt wird, dass die Energie effizienter eingesetzt wird. Das heißt z. B. bei Autos nur, dass diese bei gleichem Spritverbrauch größer werden und schneller fahren können. Preiserhöhungen sind als Innovationstreiber tauglich, aber nicht, um eine Reduzierung von CO<sub>2</sub> zu erreichen, schon gar nicht im Rahmen der gesetzten Grenzen; Innovationen an sich sind zunächst klima- und nachhaltigkeitsblind.

3 Der Klimaschutz erfordert aber, dass die Freisetzung von fossil gebundenem CO<sub>2</sub> reduziert und innerhalb eines bestimmten Budgets beendet wird, d.h. dass in Zukunft Kohle, Öl und Gas vollständig im Boden bleiben. Im Hinblick auf dieses Ziel sind nur Instrumente und Maßnahmen sinnvoll, mit denen sich tatsächlich eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses auf Null auch darstellen lässt.

Eine zielführende Klimapolitik denkt vom Budget her, das zur Verfügung steht. Sie muss zuerst das Budget bestimmen, innerhalb dessen man bleiben muss, dann die Inanspruchnahme des Budgets rationieren, dann die Rationen über eine Restzeit so verteilen, dass das Ende nicht abrupt ist.

Dabei hängt die Länge der Restzeit ausschließlich von der Verteilung des Budgets ab. Wenn sich das Budget auf 50 Jahren verteilen lässt, wäre das Ende des CO<sub>2</sub>-Ausstosses 2071, wenn auf zehn Jahre, dann 2031.

4 Die Größe des Budgets, das noch zur Verfügung steht, hängt von dem Grad der Erderwärmung ab, der nicht überschritten werden soll.

Für das globale Budget gibt die [Mercator CO2-Uhr](#) einen guten Überblick. Laut Mercator Uhr, die auf der Basis der IPCC Daten läuft, gibt es noch ein Gesamtrestbudget für die Welt – wenn das 1,5 Grad Ziel eingehalten werden soll – von etwa 278 Gigatonnen (GT) CO<sub>2</sub>. Der gegenwärtige globale Jahresverbrauch beträgt etwa 42 GT. Nach diesen Zahlen ist also das globale Budget in sechs bis sieben Jahren aufgebraucht, also im Jahr 2027/2028.

Wenn das 2,0 Grad Ziel eingehalten werden soll – dann sind die Verhältnisse allerdings voraussichtlich schon so ungemütlich und so wenig beeinflussbar, dass das eigentlich kein sinnvolles Ziel mehr ist –, würde das Budget etwa 1024 GT betragen, was beim gegenwärtigen Verbrauch 24 bis 25 Jahre halten würde, womit wir dann etwa beim Jahr 2045 landen.

5 Der Umfang des Restbudgets an CO<sub>2</sub> für Deutschland ist aus meiner Sicht politisch gerechtfertigt letztlich nur aus der Bevölkerungsrelation zur Weltbevölkerung festzulegen.

Deutschlands Bevölkerung entspricht etwa 1 % der Weltbevölkerung. Wenn das Weltbudget für 1,5 Grad 278 GT beträgt, würde das Budget für Deutschland etwa 2,78 GT bedeuten, bei 2 Grad etwa 10,24 GT. Beim fortgesetzten derzeitigen Verbrauch in Deutschland von jährlich ca. 0,8 GT wäre demnach das deutsche

Budget für 1,5 Grad in etwa drei 3,5 Jahren erschöpft, das Budget für 2 Grad in etwa 13 Jahren.“

6 Für den Fall, dass Deutschland mit seinem Restbudget nicht auskommt, d. h. über das Budget hinaus CO<sub>2</sub> verbrauchen will und verbrauchen wird, wird sich im globalen Kontext natürlich die Möglichkeit eröffnen, von anderen Ländern, die ihre Budgets nicht ausschöpfen, (wie beim Emissionshandel) entsprechende Anteile abzukaufen. Das dürfte freilich teuer werden, umso teurer, je mehr Deutschland sein Budget überschreitet; allerdings auch umso günstiger, je mehr Anstrengungen Deutschland für eine schnelle Dekarbonisierung unternimmt. Je schneller und wirkungsvoller Deutschland jetzt die Dekarbonisierung auf den Weg bringt, umso „billiger“ dürfte es in den nächsten Jahren werden.

7 Es ist klar, dass das notwendige Ziel, innerhalb des Budgets zu bleiben, ohne eine tiefgreifende Transformation aller gesellschaftlichen Lebensbereiche nicht zu erreichen ist. Kern dieser Transformation ist die Verknappung und Beendigung des CO<sub>2</sub> Verbrauches. In der Folge der Verknappung des CO<sub>2</sub> Verbrauches wird es, solange der Bedarf an Kohlenstoffdioxid verbrauchenden Produkten nicht in gleicher Weise zurückgeht, zu Preissteigerungen kommen. Diesen Preissteigerungen ist dann politisch mit einem „Lastenausgleich“ zu begegnen.



8 Die UN-Resolution vom September 2015 „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit den [17 SDGs](#) (Ziele für nachhaltige Entwicklung) fordert eine Transformation in praktisch allen zivilisatorischen Lebensbereichen.

Ziel 10 fordert, Ungleichheit in und zwischen den Ländern zu verringern, SDG 13 den Klimawandel zu bekämpfen. Das Verhältnis zwischen den SDGs ist ein Bedingungsverhältnis. Ohne Verringerung von

Ungleichheit ist die Bekämpfung des Klimawandels, ohne die Bekämpfung des Klimawandels der Abbau von nationaler und globaler Ungleichheit nicht möglich. Ohne beides ist eine Fortexistenz der Menschheit akut gefährdet.

Die Prozesse der anstehenden sozial-ökologischen Transformation werden Gewinner und Verlierer hervorbringen. Damit diese Prozesse einzelne Länder und den inneren gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zusätzlich gefährden, ist es eine der wichtigsten politischen Transformationsaufgaben - gerade auch der nächsten Bundesregierung - einen Lastenausgleich national und global so zu organisieren, dass im Hinblick auf das Erreichen der Transformation und der Agenda 2030 Win-Win Situationen entstehen.

9 Für die Diskussionen über die „richtige“ Klimapolitik folgt aus alledem, dass sie beim Lastenausgleich und bei der Verteilung anfangen müssen und nicht bei den Preiserhöhungen.

- [E-Mail](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)

---

## Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein ...

Abonnieren